

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag.)
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

für
Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Nr. 41.

Dienstag, den 22. Mai

1883.

Bekanntmachung.

Mit Geld- oder Haftstrafe wird belegt:

- 1., wer die Aschebehälter überfüllt und
- 2., wer das Bett der Saubach innerhalb des Stadtbezirks durch Ausschütten von Asche, Steinen, Hauschutt oder durch übelriechende und der Gesundheit schädliche Stoffe oder andere Gegenstände überhaupt verunreinigt.

Wilsdruff, am 21. Mai 1883.

Der Stadtrath.

Ficker, Brgmstr.

Bekanntmachung,

die Hauptübung der städtischen und freiwilligen Feuerwehr betr.

Sonntag, den 27. Mai d. s. J., Vormittags 11 Uhr,

soll auf der hiesigen Schießwiese eine Hauptübung der hiesigen Feuerwehren abgehalten werden, und haben sich hierzu sämtliche Mitglieder derselben, Abtheilungsführer und Mannschaften, unter Anlegen ihrer Dienstabzeichen pp. bei Vermeidung der in § 52 des Feuerlöschregulativs für hiesigen Ort vom 23. Februar 1870 angedrohten Ordnungsstrafe pünktlich einzufinden.

Versammlungsort an der Kirche $\frac{1}{4}$ 11 Uhr.

Wilsdruff, am 21. Mai 1883.

Der Stadtgemeinderath.

Ficker, Brgmstr.

Tagesgeschichte.

Die konservative „Kreuzzeitung“ schreibt: „Die liberale Presse zerbricht sich noch immer den Kopf des Bundesrathes wegen der angeblichen Verletzung der Rechte der Einzelregierungen durch die letzte kaiserliche Botschaft an den Reichstag. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß man einer um so ängstlicheren Fürsorge für die Stellung der bayerischen, württembergischen und anderer Regierungen begegnet, je mehr das betreffende Organ sonst den sogenannten partikularistischen Befugnissen im Reiche feindlich gegenübersteht. Im Bundesrathe selbst oder seitens der Regierungen liegt auch nicht das geringste Anzeichen eines Gefühls der Verletzung oder auch nur der Vernachlässigung vor. In der Sache wollen wir die Polemik über jenen Punkt nicht durch weiteres Material nähren. Es dürfte genügen, daß der Kaiser nach allgemeinem Zugeständniß formell zur Botschaft berechtigt war, weil er allein nach der Reichsverfassung den Verkehr mit dem Reichstage unterhält, daß aber materiell der Inhalt und Zweck der Botschaft, nämlich die Förderung der sozialen Vorlagen, durchaus der oft kundgegebenen und durch die Vorlagen des Bundesrathes selbst zur Genüge bewiesenen Auffassung der Bundesregierungen entspricht. Es wird, wie wir überzeugt sind, nicht gelingen, was die liberale Presse offenbar beabsichtigt, einen Konflikt zwischen der kaiserlichen Regierung und dem Bundesrathe herbeizuführen.“

Berlin, 17. Mai. Die „Prov.-Korresp.“ sagt, der Beschluß des Reichstages auf Verweisung des ganzen Etats an die Budgetkommission laufe thatsächlich auf den Versuch hinaus, die von der kaiserlichen Botschaft gewünschte Beschleunigung der sozialpolitischen Arbeiten des Reichstages zu hemmen. Durch die Reden des Abg. Bamberger und seiner Freunde sei dies klar gestellt, die Begründung des Parlaments und der Herrschaft sei nach wie vor das Ziel des forstwirtschaftlichen Liberalismus. Der erste Gebrauch dieser Herrschaft solle in der Hemmung der Sozialreform bestehen, mindestens bis zur Feststellung darüber, welche Partei eigentlich zur Uebernahme der Regierung berechtigt und die Majorität bilde, dieser sollten dann auf dem wichtigsten Gebiete des öffentlichen Lebens lediglich in freiem Spiel Kräfte und Raum gelassen werden. Der Gegensatz zwischen diesem und dem Programm des Kaisers sei so klar, daß er wohl für Niemand zweifelhaft sei. — Die „Prov.-Korresp.“ schreibt in einem zweiten Artikel, in dem sie die Ablehnung des Holzzolles bespricht, die jetzige Abstimmung habe nur eine aufschiebende Bedeutung, nicht weil die Bundesregierungen auf der einmal eingebrachten Vorlage bestehen, sondern weil die Forderungen der nationalen Wohlfahrt sich immer und immer wieder geltend machen und die Frage erneuern: „Wie ist das deutsche Wohl zu erhalten?“

Daß die Verhandlungen der preussischen Regierung mit der Kurie wieder einmal gescheitert sind, ist eine Thatsache, die in den ultramontanen Blättern mit Nachdruck hervorgehoben und in allen Tönen variiert wird. Man wird wohl auch zweifeln dürfen, ob so bald diese unerspriechlichen Verhandlungen wieder angeknüpft werden. Es kann nicht ausbleiben, daß das erneute Scheitern der Verständigungsversuche mit der Kurie auch auf die inneren parlamentarisch-politischen Verhältnisse in Preußen und Deutschland bedeutsam zurückwirken wird. Besonders Scharfblickende wollen eine Wendung in dieser Hinsicht schon vor Pfingsten bemerkt haben. Man meint, wenn der Abgeordnete Windthorst ernstlich gewollt, wenn er seine Schaaren im Reichstag zahlreicher beisammen gehabt und die Hospitanten des Centrums kräftiger bearbeitet hätte, so wäre auch die Holzzollvorlage durchzubringen gewesen. Auch der Hertlingsche Antrag, der das Unfallversicherungsgesetz einstweilen von der Tagesordnung absetzen will, kann unmöglich als eine Förderung der sozial-politischen Pläne des Reichs-

kanzlers seitens des Centrums betrachtet werden. Sodann wird sich eine Schwentung des Centrums wohl in der Behandlung der Militäraufgaben bemerklich machen, die nach Wiederbeginn der Sitzungen aufs Neue in den Vordergrund treten werden, vielleicht auch in der Behandlung der Etats. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat das Centrum freilich mit der Vereinbarung der Verwaltungsgefesse seine Dienste bereits geleistet; indessen giebt das Herrenhaus vielleicht durch etliche Abänderungen Anlaß, auch diese Leistung wieder rückgängig zu machen.

In seiner letzten Plenarsitzung genehmigte der deutsche Bundesrath den Antrag des Reichskanzlers, für drei Millionen Mark Zwanzigpfennigstücke einzuschmelzen und in Ein- und Zweimarkstücke umzuprägen. Ähnliche Umprägungen haben bereits früher stattgefunden, nur mit dem Unterschiede, daß die Neuprägungen auf Einmarkstücke beschränkt wurden. Daß nunmehr auch wieder Zweimarkstücke geprägt werden sollen, weist darauf hin, daß die Reichsregierung in naher Zeit nicht darauf rechnet, ihren auf der letzten Pariser Münzkonferenz gemachten Anerbietungen wegen Einziehung und Umschmelzung der Zweimarkstücke Folge geben zu müssen.

Der wegen Mordes zum Tode verurtheilte Ernst Sobbe weist nicht bloß persönlich jedes Rechts- und Gnadenmittel zurück, er hat auch, wie verlautet, seinen Geschwistern dringlich abgerathen, die Gnade des Kaisers für ihn anzurufen. Er ist, seitdem das Urtheil über ihn gesprochen, sehr ruhig und gefaßt, und es scheint ihm ernst gemeint, daß er die Vollstreckung desselben als Sühne des von ihm begangenen Verbrechens herbeiführt. Die Mittheilung, daß der Untersuchungsrichter sich für Sobbe's Begnadigung verwenden wolle, ist natürlich unrichtig.

Rüdesheim. Ein großer Brand an der Rheinseite äscherte 25 Wohnhäuser mit Nebengebäuden ein. Vierundvierzig Familien sind obdachlos.

Die Frequenz der Berliner Stadtbahn belief sich am ersten Pfingstfeiertage auf rund 102,000, am zweiten Feiertage auf rund 151,060 Passagiere. Die letzte Ziffer präsentirt sich als die höchste bisher an einem Tage erreichte.

Im Laufe des Monats Mai wird der deutsche Handwerker-Tag in Hannover seine Versammlung abhalten. Man weiß, daß in unserm Handwerkerstande eine stark ausgeprägte künstlerische Richtung vertreten ist, die natürlich auch jetzt stark hervortritt. Der Handwerker-Tag wird sich nach den in die Presse gekommenen Äußerungen des vorbereitenden Comité's hauptsächlich auch mit der Einführung der obligatorischen Innung beschäftigen, auch wohl Stellung zu den Wahlen für politische Körperschaften nehmen. Er soll das weiter führen, was der Magdeburger Handwerker-Tag angebahnt hat.

Die Frankf. Ztg. kommt in einem Aufsatz über Auswanderung und Kolonisation zu dem Schluß, daß man den Franzosen und Engländern mit ruhigem Blut die Besitzergreifung aller noch freien Stücken Erde lassen könne. Das Flaggenaufziehen und das Besitzergreifen thue es nicht. Kolonien könne man lediglich durch ernste und ausdauernde Arbeit gewinnen. Durch Betheiligung an Produktion und Handel der ganzen Welt lasse sich viel mehr erreichen. Auf diesem Felde habe der Deutsche schon gute Erfolge vor sich; in dieser Richtung mit ungetheilter Kraft weiter zu arbeiten, sei besser als Projekte machen und theoretisch über dieselben endlos zu verhandeln. — In diesen Worten fehlt nur noch der Hinweis auf die vielen blutigen Kriege, welche die Engländer und Franzosen in ihren Kolonien mit den Eingebornen haben führen müssen, sowie der Hinweis auf die Verwicklungen, die unter unsern Augen in Tonkin und Centralafrika (möglichernv. auch auf Madagaskar) vor sich gehen; endlich der Hinweis